



## NEWSLETTER MAI

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

Frankreich hat den Pro-Europäer Macron zum Präsidenten gewählt. Das war eine gute und wichtige Entscheidung nicht nur für Frankreich sondern auch für die Zukunft Europas. In Schleswig-Holstein haben die Grünen mit Monika Heinhold und Robert Habeck an der Spitze mit knapp 13% ein hervorragendes Ergebnis bei der Landtagswahl geholt. Das ist eine tolle Bestätigung gerade auch der Energie- und Umweltpolitik der Grünen und es zeigt: Die Wählerinnen und Wähler wollen in den Parlamenten und Regierungen eine starke Stimme für eine moderne, pro-europäische Partei, die die Menschheits-herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht nur, aber besonders in der Klima- und Umweltpolitik, offensiv und positiv angeht. Das ist Rückenwind für die Landtagswahl in NRW, wo die Umfragen für Grüne zuletzt weniger positiv waren. Grüne in NRW stehen als einzige Partei für den Kohleausstieg, Klimaschutz und die Modernisierung der Wirtschaft zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Diese ökologische Modernisierung hin zu einer Grünen Wirtschaft mit Erneuerbaren Energien, Ressourcenschutz und nachhaltiger Mobilität ist eine Riesenchance für NRW. Damit sie genutzt wird und das Land nicht unter der Großen Koalition der Kohlefreunde von CDU, SPD und FDP strukturell erstarbt, braucht es starke Grüne in Landtag und Landesregierung. Wer in NRW keine Große Kohle-Koalition oder - genauso schlimm – am Ende sogar noch Rot-Gelb bekommen will, muss Zweitstimme Grün wählen. NRW hat nichts zu verlieren – außer der Zukunft.

Was sich sonst in der Bundespolitik tut, findet ihr/ Sie wie immer in meinem Newsletter.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihr/Euer  
Oliver Krischer

### *Energie/Umwelt/Klima*

- 1. Keine Brennelemente für grenznahe Schrott-AKWs**
- 2. 31. Jahrestag Tschernobyl – Atomausstieg konsequent umsetzen**
- 3. Autorenpapier Özdemir/Krischer: Stromsteuer abschaffen und CO2 endlich einen Preis geben**
- 4. Grüne Landesminister stellen Düsseldorfer Erklärung zum Kohleausstieg vor**
- 5. 30. April – Ein Tag fast ohne Kohlestrom**
- 6. Offshore-Ausschreibung bringt niedrige Stromkosten**
- 7. Studie: Ungerechte Strompreise durch Industrieprivilegien**

## *Agrar/ Ernährung/ Verbraucher*

- 8. Vogelsterben: Droht ein stummer Frühling?**
- 9. Kükenschreddern geht weiter - Bundesregierung hat keine Lösung**
- 10. Appell an Minister Schmidt – mehr Tiergerechtigkeit!**
- 11. Wildtiere: Freiheit statt Zirkuszelt**
- 12. Tierversuche: Reagenzgläser statt Mäuse**
- 13. Gutachten zur Fusion Bayer-Monsanto: ‚Für Saatgutvielfalt, gegen Agrarmonopole‘**

## *Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

- 14. Grüner Brandbrief an Merkel zu Stickoxidbelastung**
- 15. Abgasskandal-Bericht der Großen Koalition: Verharmlosen, verleugnen, schönreden**
- 16. Grüner Antrag: Radverkehr konsequent fördern**
- 17. Veranstaltungsbericht: Grüner Autogipfel zur Zukunft der Automobilindustrie**
- 18. Bundestagsrede: Abgasskandal ‚Bundesregierung darf Aufklärung nicht weiter blockieren‘**

### **1. Keine Brennelemente für grenznahe Schrott-AKWs**

Die Bundesregierung gaukelt den Menschen in den deutschen Grenzregionen vor, sie würde sich für die Stilllegung störanfälliger Atommeiler im Ausland wie etwa bei den belgischen AKWs Tihange und Doel einsetzen. Doch das ist wenig glaubwürdig, denn gleichzeitig genehmigt die zuständige Umweltministerin Frau Hendricks die Lieferung von Brennelementen aus Deutschland nach Belgien. 2017 wurden bereits 56 Brennelemente dorthin exportiert. Insgesamt hat Frau Hendricks 108 Lieferungen für dieses Jahr nach Doel genehmigt, im vergangenen Jahr waren es 152 sowie 68 für den Reaktor in Tihange. Wir finden: Der Export von Brennelementen aus Deutschland an die belgischen Schrott-AKW ist unverantwortlich. Und er wäre rechtlich zu verhindern. Dazu haben wir Ende April einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Unterstützung kam dabei von Bürgerinnen und Bürgern aus der Aachener Region, die extra mit dem Bus angereist kamen, um sich mit uns für die Stilllegung einzusetzen. Den Antrag, Eindrücke der Aktion mit den Aachenern und weitere Infos finden sich [HIER](#).

[Am vergangen Sonntag haben in Aachen wieder 3.500 Menschen nach einer Sternfahrt](#) aus der ganzen Region auf dem historischen Aachener Marktplatz für die Abschaltung der belgischen Schrott-AKW und den europäischen Atomausstieg demonstriert.

### **2. 31. Jahrestag Tschernobyl – Atomausstieg konsequent umsetzen**

Am 26. April 1986 explodierte der Atomreaktor in Tschernobyl. Seitdem ist weltweit leider noch viel zu wenig geschehen, um die Atomgefahr zu bannen und den Irrweg Atomkraft endlich zu beenden, auch wenn die Zahl der Atomkraftwerke global deutlich abgenommen hat. Tschernobyl ist ebenso wie das japanische Fukushima für immer mahnendes Beispiel für die Unbeherrschbarkeit und Risiken der Atomkraft. Deswegen brauchen wir einen konsequenten europäischen und weltweiten Atomausstieg. Aber auch in Deutschland ist die Gefahr der Atomkraft noch nicht gebannt. Das größte AKW Gundremmingen etwa würde einem starken Erdbeben nicht mit Sicherheit standhalten. Trotzdem läuft es weiter. Wir Grüne im Bundestag fordern, das AKW unverzüglich stillzulegen - mindestens bis die Defizite behoben sind. Doch die Bundesregierung und die Landesregierung Bayern schauen weg. Alle weiteren Infos [HIER](#).

### **3. Autorenpapier Özdemir/Krischer: Stromsteuer abschaffen und CO2 endlich einen Preis geben**

Energiepreise müssen endlich die ökologische Wahrheit sagen. Dazu haben Cem Özdemir und ich ein Autorenpapier verfasst. Die Stromsteuer hat ihre ökologische Lenkungswirkung durch den steigenden Anteil der Erneuerbaren verloren und ist überholt. Stattdessen brauchen wir eine CO2-Bepreisung für klimaschädliche Energierohstoffe. Sie ist aufkommensneutral gestaltet, belohnt aber die, die auf Erneuerbare Energien im Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich setzen. Unser Vorschlag findet sich [HIER](#).

#### **4. Grüne Landesminister stellen Düsseldorfer Erklärung zum Kohleausstieg vor**

In einer "Düsseldorfer Erklärung" haben Grüne Energieminister die Forderung nach einem Kohleausstiegsgesetz untermauert, das die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für einen verlässlichen Ausstieg aus der Kohleverstromung schafft. Zu den Kernforderungen zählen CO<sub>2</sub>-Budgets für alle fossilen Kraftwerke, die dynamisch abgesenkt werden, ein Verbot für neue Kohlekraftwerke, Tagebaue, Enteignungen und Umsiedlungen, sowie ein Fonds, in den die Rückstellungen der Unternehmen für die Rekultivierung des Braunkohletagebaus übertragen werden. Noch im laufenden Jahr soll auf Bundesebene eine Kohleausstiegskommission eingesetzt werden. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

#### **5. 30. April – Ein Tag fast ohne Kohlestrom**

Ende April lieferten Erneuerbare Energien im Mittel fast zwei Drittel des Stroms in Deutschland. Das ist ein Riesenerfolg für die Energiewende. Nun kommt es darauf an, dass wir auf dem Weg hin zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien endlich die notwendigen und richtigen energiepolitischen Weichenstellungen setzen. Dazu gehören ein klarer Kohleausstiegsfahrplan und verlässliche Rahmenbedingungen für Erneuerbare und Speicher. Genau dafür setzen wir Grünen uns auf Landes- und Bundesebene ein. Weitere Infos [HIER](#).

#### **6. Offshore-Ausschreibung bringt niedrige Stromkosten**

Die Ausschreibung der Bundesregierung für den Bau von Offshore-Windanlagen hat überraschend niedrige Preise gebracht. Zum Teil wollen die Gewinner der Ausschreibung die Windparks sogar ohne zusätzliche Vergütung allein auf Basis des von ihnen in Zukunft erwartenden höheren Börsenpreises realisieren. Das zeigt wiederum, die Erneuerbaren Energien sind im Vergleich zu den Fossilien längst die günstigere Alternative, selbst wenn die externen Folgekosten von Kohle und Atom noch gar nicht eingerechnet sind. Allerdings sind die Offshore-Ausschreibungen nicht mit den von der Bundesregierung geplanten Ausschreibungen für Windenergie an Land zu vergleichen. Hier sind deutlich mehr Probleme und Fehlentwicklungen zu erwarten. Ob die günstigen Offshore-Projekte am Ende auch wirklich realisiert werden, ist ebenfalls eine offene Frage. So wird sich noch zeigen müssen, ob das aktuelle günstige Ausschreibungsergebnis auch langfristig ein Erfolg wird. Klar ist, ohne Kohleausstieg können die Strompreiserwartungen der Offshore-Windbranche sicher nicht erreicht werden.

#### **7. Studie: Ungerechte Strompreise durch Industrieprivilegien**

Eine Studie des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) zeigt, wie ungerecht es bei den Strompreisen zugeht: Rund 11,5 Milliarden Euro mussten die Privathaushalte, öffentliche Hand, Gewerbe sowie kleinere Unternehmen für die Industrieprivilegien einzelner Unternehmen zahlen. Während die Groß-Industrie in vielen Fällen jubeln darf, ächzen private Verbraucher unter immer höheren Kosten. Das wollen wir ändern. Die Studie und unsere Vorschläge finden sich [HIER](#).

*Agrar/ Ernährung/Verbraucher*

#### **8. Vogelsterben: Droht ein stummer Frühling?**

Die Situation der Vögel ist besorgniserregend. Durch die industrielle Landwirtschaft mit ihren Pestiziden schreitet seit Jahrzehnten das Vogel- und Artensterben voran. Seit 1990 sind besonders die Vögel der Agrarlandschaft bedroht. Der Bestand des Kiebitz ist um 80 Prozent, des Braunkehlchens um 63 Prozent, der Uferschnepfe um 61 Prozent und des Rebhuhns um 84 Prozent zurückgegangen. Insgesamt kommt so ein Verlust von rund 300 Millionen Brutpaaren seit 1980 und 2010 zu Stande. Das muss die Bundesregierung in einer Antwort auf unsere Anfrage zugeben. Um die Vögel der Agrarlandschaften zu schützen braucht es eine Landwirtschaft im Einklang mit der Natur, die Schluss macht mit dem massiven Gifteinsatz auf den Feldern und die monotone Agrarlandschaft abschafft. Die Bundesregierung ist aufgefordert Gelder zu Gunsten des Naturschutzes umzuschichten, das wäre bereits jetzt schon möglich. Alle Infos [HIER](#).

#### **9. Kükenschreddern geht weiter - Bundesregierung hat keine Lösung**

Auf Anfrage der Grünen bestätigt die Bundesregierung, dass das millionenfache Töten männlicher Küken weiter gängige Praxis ist. Allein 2016 wurden 44,1 Millionen männliche Küken geschreddert. Sie sind Nachkommen von Legehennen, die auf Höchstleistungen gezüchtet wurden. Die männlichen Küken können naturgemäß nicht zur Eierproduktion verwendet werden und setzen als Masthähnchen zu wenig Fleischmasse an. Daher werden sie aus ökonomischen Gründen kurz nach dem Schlüpfen getötet. Dies ist eine Missachtung des Tierschutzes aus rein wirtschaftlichen Gründen und muss endlich aufhören. Und obwohl Landwirtschaftsminister Schmidt ankündigte, dass Ende 2016 mit dem Kükenschreddern Schluss sein soll, ist nichts passiert. Das ist ein Offenbarungseid. Alle Zahlen und weitere Infos [HIER](#).

#### **10. Appell an Minister Schmidt – mehr Tiergerechtigkeit!**

Es müssen spürbare Verbesserungen für die Tiere erreicht werden – doch genau hier fehlt es Landwirtschaftsminister Schmidt und der Großen Koalition am Willen. Die Antworten zur entscheidenden Frage über die tatsächlichen Haltungsbedingungen bleiben nebulös. Wir Grüne wollen Tierwohl in der Breite verbessern. Denn die Agrarpolitik in Deutschland widerspricht dem Tierschutz und dem Verbraucherschutz. Wir wollen einen Rahmen schaffen, der Landwirtschaft und Handel Planungssicherheit gibt und zugleich Verbraucherinnen und Verbrauchern Qualität, Transparenz und bezahlbare Lebensmittel bietet. Dazu fordern wir Schmidt in einem Appell auf. Dieser findet sich [HIER](#).

#### **11. Wildtiere: Freiheit statt Zirkuszelt**

Wilde Tiere haben im Zirkus nichts zu suchen. Sie werden häufig in viel zu kleinen Gehegen und Käfigen gehalten und leiden unter den Transportbedingungen. Die Bundesregierung muss dem endlich ein Ende setzen. Der Bundesrat hat auf Grüne Initiative bereits vor über einem Jahr ein Verbot bestimmter Wildtierarten in Zirkusunternehmen gefordert. Seither steht die notwendige Gegenäußerung der Bundesregierung noch immer aus. Das grenzt an Arbeitsverweigerung. Hier wird der Wille der Länderkammer und eines Großteils der Bevölkerung dreist ignoriert. Weitere Infos [HIER](#).

#### **12. Tierversuche: Reagenzgläser statt Mäuse**

Jedes Jahr werden in Deutschland rund drei Millionen Tiere in Laboren für Versuche verwendet und getötet. Dabei gibt es tierleidfreie Alternativmethoden. Dazu gehören zum Beispiel In-vitro-Verfahren oder Organchips. Diese sind zuverlässiger, weil sie den menschlichen Organismus viel besser abbilden. Deshalb fordern wir die Erhöhung der bisherigen finanziellen Mittel. Die von der Bundesregierung für Alternativmethoden zur Verfügung gestellten Mittel sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die zuständigen Minister Schmidt und Wanka müssen das Leid im Versuchslabor beenden und endlich eine Gesamtstrategie zum schnellstmöglichen Ersatz von Tierversuchen vorlegen. Weitere Infos [HIER](#).

#### **13. Gutachten zur Fusion Bayer-Monsanto: Für Saatgutvielfalt, gegen Agrarmonopole**

Der Chemie-Konzern Bayer plant die Übernahme des Wettbewerbers Monsanto. Hierdurch würde ein globaler Riesenkonzern in der Agrarchemie entstehen. Wir haben ein Rechtsgutachten beauftragt, das die Frage prüfen sollte, ob auch Umweltschutzgründe im Fusionsverfahren eine Rolle spielen können. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass die Fusion aus Umweltschutzgründen von der EU-Kommission verboten werden kann, auch wenn sie aus Wettbewerbssicht unproblematisch wäre. Die Bundesregierung muss die Fusionsspirale der Agrarchemiekonzerne jetzt stoppen. Die Lebensmittelversorgung ganzer Staaten hängt sonst von einer Handvoll Unternehmen ab. Diese Konzentration von Marktmacht müssen wir verhindern. Weitere Infos sowie das Gutachten finden sich [HIER](#).

*Verkehr/ Bauen/ Wohnen*

#### **14. Grüner Brandbrief an Merkel zu Stickoxidbelastung**

Die Stickoxidbelastung in unseren Städten ist viel zu hoch. Die EU führt gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren wegen dieser Überschreitungen und jedes Jahr sterben bis zu 10.000 Menschen in Deutschland an den Folgen der Luftverschmutzung. Doch die Bundesregierung handelt nicht. Viel schlimmer noch, sie deckt die Automobilindustrie, die für die viel zu hohen Abgaswerte der Autos

verantwortlich ist. Dabei ist klar, was zu tun ist: Grenzwerte müssen endlich eingehalten werden. Die blaue Plakette für sauberere Fahrzeuge muss eingeführt werden. Und die vielen schmutzigen Diesel auf unseren Straßen müssen schnell nachgerüstet werden. Weil sich Verkehrsminister Dobrindt seit weit über einem Jahr weigert, hier zu handeln, haben wir Grünen einen Brandbrief an Kanzlerin Merkel geschrieben, welcher sich [HIER](#) findet.

#### **15. Abgasskandal-Bericht der Großen Koalition: Verharmlosen, verleugnen, schönreden**

Die Große Koalition hat den Entwurf des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses Abgasskandal vorgelegt. Die Bewertung des Abgasskandals durch die Große Koalition ist ein einziges Zeugnis großkoalitionärer Bewusstseinsstörung. Dieser kann von uns Grünen in keiner Weise nachvollzogen, geschweige denn mitgetragen werden. Deshalb werden wir unsere Bewertung des Skandals in einem Sondervotum zusammenfassen. Weitere Infos finden sich [HIER](#).

#### **16. Grüner Antrag: Radverkehr konsequent fördern**

Der Radverkehr gewinnt immer mehr an Bedeutung, doch Kommunen, die auf den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur setzen, scheitern immer wieder an Regularien des Bundes. Autominister Dobrindt aber beschäftigt sich lieber mit Maut-Murks und Lang-LKW, statt Konzepte und Maßnahmen für eine zukunftsfähige Mobilität zu entwickeln. Wir Grüne im Bundestag setzen mit unserem [Antrag „Radverkehr konsequent fördern“](#) ein Zeichen.

#### **17. Veranstaltungsbericht: Grüner Autogipfel zur Zukunft der Automobilindustrie**

Ende April fand der Grüne Autogipfel in Berlin statt. Geladen waren Akteure der Automobilbranche und Interessierte um mit uns über die Zukunft des Autos zu debattieren. Der Abgasskandal ist der Auslöser für einen absehbaren fundamentalen Transformationsprozess des Autos hin zu Elektromobilität. Zusätzlich verändert die Digitalisierung das Auto grundsätzlich, autonomes Fahren mit allen Konsequenzen für die Nutzung ist längst kein Science Fiction mehr. Dazu hat die Grüne Bundestagsfraktion auf dem Autogipfel eine Grüne Roadmap vorgestellt. Wir wollen eine Autoindustrie mit Zukunft. Dazu muss die Bundesregierung verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, damit ab dem Jahr 2030 kein Auto mit fossil betriebenem Verbrennungsmotor mehr vom Band rollen muss, sondern nur noch emissionsfreie Fahrzeuge. Mehr zum Autogipfel und der Grünen „Clean Car Roadmap“ findet sich [HIER](#).

#### **18. Bundestagsrede: Abgasskandal ,Bundesregierung darf Aufklärung nicht weiter blockieren‘**

Über eineinhalb Jahre nach Bekanntwerden des Dieselskandals hat es die Bundesregierung noch immer nicht geschafft, echte Konsequenzen zu ziehen. Stattdessen hält Verkehrsminister Dobrindt weiter schützend seine Hand über die Automobilbranche. So hat Dobrindt noch immer keinen Bericht zu den CO<sub>2</sub>-Werten der Fahrzeuge vorgelegt, noch immer werden Fahrzeuge mit viel zu hohem Stickoxidausstoß in Deutschland zugelassen. Besonders deutlich wurde das Blockieren der Bundesregierung bei ihrer Ablehnung europaweiter Kontrollen von Fahrzeugen, so wie es die EU vorgeschlagen hatte. Deutschland aber hatte dies abgelehnt. Das nahmen wir zum Anlass einer Aktuellen Stunde im Plenum des Deutschen Bundestages. Meine Rede findet sich [HIER](#).

Impressum: Oliver Krischer MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin.

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich auf der [Website von Oliver Krischer](#) dafür eingetragen haben. Kein Interesse mehr am Newsletter? Bitte eine kurze Email schicken.